

Ressort: Politik

## Armutszuwanderung: Städte hoffen auf organisatorische Hilfe

Berlin, 07.01.2014, 18:07 Uhr

**GDN** - Um der Armutswanderung zu begegnen, fordern die Städte nicht nur Geld von der Bundesregierung, sondern auch rechtliche Schranken und organisatorische Hilfe. "Die bisher von der Koalition vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht ausreichend, um das Problem zu lösen", sagte Stephan Articus, der Hauptgeschäftsführer des deutschen Städtetages, der F.A.Z. am Dienstag.

Notwendig seien Gesetzesänderungen. Bürger der Europäischen Union müssten einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an Integrationskursen erhalten. Zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit, müssten für eine selbständige Tätigkeit Nachweise verlangt werden dürfen. "Ein Kompetenzzentrum auf Bundesebene sollte Ansprüche für Behandlungen von Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien gegenüber Krankenversicherungen klären, denn da ist die Rechtslage sehr kompliziert", schlug Articus vor. "Jenseits des politischen Streits der vergangenen Tage wäre viel gewonnen, wenn sich die große Koalition darauf verständigen könnte, auf die im Koalitionsvertrag anerkannte Belastung in einigen Städten durch Armutszuwanderung konkret zu reagieren."

### Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-27996/armutszuwanderung-staedte-hoffen-auf-organisatorische-hilfe.html>

### Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

### Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

### Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619